

V. Vertiefung oder Selbstzerstörung der Demokratie?

Das zentrale Paradox unserer Zeit ist zweifelsohne folgendes: Unsere Epoche kann sowohl als diejenige betrachtet werden, in der das demokratische Prinzip seinen vollständigen Siegeszug antritt, wie auch als diejenige seiner möglichen Selbstzerstörung.

Die moderne Demokratie beruht auf dem Postulat der prinzipiellen Gleichheit aller mit allen, ihrer gemeinsamen Menschlichkeit. Diese Gleichheit und diese gemeinsame Menschlichkeit werden heute mit einer Macht bekräftigt und eingefordert, wie es sie nie zuvor gegeben hat und wie sie noch vor Kurzem nahezu unvorstellbar gewesen wäre. Die Vorherrschaft des westlichen Denkens und der von ihm formulierten Art von Universalismus wird in Frage gestellt im Namen der Gleichheit zwischen den Kulturen und, konkreter gesagt, zwischen ehemaligen Kolonisierten und ehemaligen Kolonisatoren oder zwischen den »Rassen«. Eine ebenso mächtige, wenn nicht mächtigere, ja unwiderstehliche Strömung macht die Gleichheit nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen den sexuellen Orientierungen und Geschlechtern geltend. Und dieser Gleichheitsanspruch erweitert sich derzeit auf die Tierwelt, im Namen des Antispeziesismus und der gemeinsamen Natürlichkeit.

Umgekehrt sind die politischen Systeme, die sich auf die moderne, repräsentative Demokratie berufen, seit ihrer Entstehung vor einem oder zwei Jahrhunderten noch nie so diskreditiert gewesen, als seien sie, weil sie ihr Versprechen auf allgemeine Emanzipation nicht gehalten haben oder nicht halten konnten, dazu verurteilt, autoritären Regimen zu weichen, die die Demokratieforderungen, die sie an die Macht gebracht haben, sehr schnell mit Füßen treten. Was bewirkt, dass je mehr

man sich auf die Demokratie beruft, sie sich umso weiter zu entfernen scheint.

Warum die Demokratie wertschätzen und welche?

Heute stellt sich akut das vorrangige Problem, ob es sich immer noch lohnt, die aktuellen Kämpfe im Namen eines Demokratieideals zu führen. Muss eine konvivialistische Gesellschaft zwangsläufig eine demoatische Gesellschaft sein? War 2013, bei Erscheinen des ersten konvivialistischen Manifests, die positive Antwort noch eine Sache der Selbstverständlichkeit, so kommt man heute nicht mehr um die Feststellung herum, dass das demokratische Regierungsmodell überall in der Krise ist. Nicht nur, dass die Demokratie sich weltweit in stetigem Rückgang befindet und mehr und mehr Boden verliert an diktatorische Regime oder besten- (bzw. am wenigsten schlimmsten-)falls an sogenannte »illiberale« Demokratien oder »Demokraturen«, sie spricht auch, was noch alarmierender ist, die Jugend in den westlichen Ländern immer weniger an. Das Wort klingt mittlerweile hohl. Demokratie ist kein Hoffnungsträger mehr. Man »glaubt« nicht mehr an sie.

Dennoch entzünden sich, wie unschwer zu erkennen ist, alle Revolten und Volksaufstände im Namen demokratischer Werte. Immer und überall begehrt man gegen die Beschlagnahmung der Macht durch eine Kaste oder Familie auf, gegen die Korruption, gegen unverschämten Reichtum und himmelschreiende Ungleichheiten, gegen willkürliche Verhaftungen, Polizeigewalt und Folter. Und man fordert Presse- und Meinungsfreiheit, Parteienpluralismus und wirklich freie und transparente Wahlen. Demokratie erscheint somit als das einzige Mittel, um eine gemeinsame Menschheit und eine gemeinsame Sozialität

zu garantieren und die legitime Individuation aller im Rahmen beherrschter Konflikte zu ermöglichen. Kurzum, dort wo keine Demokratie existiert, sehnt man sich nur nach ihr. Dort, wo sie vorhanden zu sein scheint, wo Wahlen nicht gefälscht sind, wo es einen wirklichen Parteien- und Pressepluralismus gibt, bekennt man sich immer weniger zu ihr. Die Gründe für diese Demokratieverdrossenheit sind zahlreich.

- Auf internationaler Ebene macht die Tatsache, dass demokratische Werte von den reichen westlichen Staaten vertreten wurden und noch werden, die die ganze Erde kolonisiert und beherrscht haben, sie natürlich suspekt. Sie scheinen untrennbar mit einem Hegemoniestreben verbunden zu sein. Hinter den wohlklingenden Erklärungen mutmaßt man unlautere Interessen. Der Anspruch, Demokratie durch militärische Interventionen durchzusetzen, hat nicht wenig zu ihrer Diskreditierung beigetragen.
- Selbst innerhalb der westlichen Staaten hat die Unterordnung des demokratischen Prozesses unter die Logik des Neoliberalismus, also des spekulativen Finanzkapitalismus, ein Sinnvakuum erzeugt. Wozu wählen gehen, wenn *there is no alternative*, wenn die zunehmende Professionalisierung der Politiker und Politikerinnen sie ihren Wählern immer mehr entfremdet und die Funktionsweise der Demokratie letztlich nur den reichsten 10 % zugutekommt und die schwindelerregende Bereicherung des 1 %, des 0,1 % oder gar des 0,001 % befördert?
- Zudem reißt die neoliberale Globalisierung politische Gesellschaften und Gemeinschaften in Stücke. Die bekannteste Definition der Demokratie stammt von Abraham Lincoln: »die Regierung des Volkes, vom Volk und für das Volk«. Aber was ist ein Volk? Die Gesamtheit derer, die die gleiche Herkunft, die gleiche Sprache, die gleiche Tradition und Reli-

gion haben? Derer, die zur gleichen politischen Gemeinschaft gehören? Derer da unten, im Gegensatz zu denen da oben? Sicher ist, dass politische Gesellschaften und Gemeinschaften, selbst die traditionsreichsten, inzwischen überall dazu tendieren, in vier Bevölkerungsgruppen zu zerbrechen, die sich gegenseitig ignorieren: die *Globalisierten*, diejenigen, die von der Globalisierung auf die eine oder andere Weise profitieren (Inländer oder Ausländer); die *Integrierten*, deren Lage und Einkommen weitgehend gesichert sind; die *Prekären*, deren Lage und Einkommen ungesichert sind; die *Ausgeschlossenen* (oft Einwanderer oder Angehörige minoritärer und geringgeschätzter Kulturen oder Religionen), die es nicht nur schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden, sondern die obendrein Opfer einer spezifischen Stigmatisierung sind. Auf dieser Grundlage ist es unmöglich, das Prinzip der gemeinsamen Sozialität einzuhalten.

- Der zunehmende Abstand zwischen diesen vier Bevölkerungsgruppen erklärt sich aus der Dynamik des Weltmarktes, die die überlieferten raumzeitlichen Bezugspunkte radikal entstellt. Um lediglich an Ort und Stelle zu bleiben, seine gesellschaftliche Stellung und sein Einkommen zu wahren, muss man stets alles schneller machen. Um nicht zurückzufallen, muss man unaufhörlich beschleunigen. Dementsprechend kann angesichts der vorhandenen Verkehrsmittel und der Verbreitung des Internets das Fernste das Nächstliegende sein, sodass der bloße Gedanke eines Zuhauses oder einer Zusammengehörigkeit jeden Tag mehr an Konsistenz verliert.
- Diese Fragmentierung des sozialen Raumes, kombiniert mit den Gesetzen des Marktes, der Beschleunigung und der Deterritorialisierung zerstört das Gefühl gemeinsamer Sozialität. Wenn noch religiöse oder kulturelle Antagonismen hinzukommen, wird die Situation explosiv.

- Zu all diesen Faktoren ist noch die grundlegende Schwäche der Demokratie hinzuzurechnen, nämlich ihre relative Unbestimmtheit, und das, was man als Tendenz zur demokratischen Hybris bezeichnen könnte.
- Die Demokratie ist ein empfindliches System, das ebenso schwer herzustellen ist wie es schnell wieder verloren geht. Schwer herzustellen: Die vielen Aufstände oder Revolten, die in Militärregierungen oder Diktaturen von noch größerer Brutalität als die gestürzten mündeten, bestätigen das. Sie zeigen, dass die Demokratie sich nur sehr schwer selbst erzeugen lässt. Und ebenso zahlreich sind die Wahlen, die Diktatoren auf »demokratische Weise« an die Macht beförderten, die kein anderes Ziel hatten, als die Demokratie zu beenden. Der berühmteste Fall ist nach wie vor die Machtergreifung Hitlers. Dass Wahlen existieren, selbst anfänglich freie Wahlen, ist keine Garantie für die Stabilität und Beständigkeit der Demokratie, wenn die in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt herrschenden Werte nicht selbst demokratische sind.
- Die Regime, die man heute als demokratisch bezeichnet, beruhen auf zwei Prinzipien, deren Vereinigung stets unsicher ist. Das erste Prinzip, das liberale Prinzip im umfassenden und ursprünglichen Sinne, ist das des Pluralismus und der freien Diskussion. Es setzt voraus, dass die Verlierer ihre Niederlage anerkennen, und dass die Sieger akzeptieren, dass ihre Macht wieder in Frage gestellt werden kann. Und dass sich in einem grundlegenderen Sinne alle, da niemand absolut sicher sein kann, Recht zu haben, der Diskussion aussetzen. Das zweite Prinzip legt fest, dass die Macht nur vom Volke ausgehen kann. Doch dieses Volk ist selbst weitgehend unauffindbar. Es existiert nur als repräsentiertes, was seinen »Repräsentanten« freie Hand gibt, an seine Stelle zu treten.

- Schließlich beinhaltet die demokratische Dynamik selbst, das allgemeine Streben nach einer Gleichheit der Bedingungen, die Gefahr der Hybris, sofern sie nicht durch ein Bemühen um das Gemeinwohl gemildert wird. Jeder will, aus Angst, beherrscht zu werden, seine eigene Überlegenheit beweisen. Jede Gruppe, ja jedes Individuum, erhebt spezielle Forderungen im Namen der Demokratie und versucht, neue Rechte für sich zu erwerben, ohne der Pflicht nachzukommen, die Demokratie als solche zu verteidigen. Der Teil, ja der Splitter, nimmt sich für das Ganze. So sieht man, wie sich Demokratien ohne Demokraten herausbilden, und das umso mehr, als jede einzelne Gruppe, die in der Sphäre ihrer eigenen Interessen und Forderungen befangen ist, nur noch die Informationen oder Gedanken wahrnehmen will, die in ihre Richtung gehen. Es gibt dann keine öffentliche Meinung und keinen öffentlichen Raum im eigentlichen Sinne mehr, sondern eine Unzahl besonderer öffentlicher Räume, die nicht mehr miteinander kommunizieren. Die sich bestenfalls ignorieren.

Auf dem Weg zu einer konvivialistischen Demokratie

Wie man sieht, gibt es viele Gründe, nicht mehr an die Demokratie zu glauben. Vielleicht bräuchten wir ein anderes Wort, um das richtige politische System, das wir einführen wollen, zu bezeichnen. Doch da sich derzeit keines anbietet, kommen wir wohl nicht umhin, mit Churchill zu sagen, dass die Demokratie, auch heute noch, die schlechteste aller Regierungsformen ist, mit Ausnahme aller anderen. Die Wette des Konvivialismus lautet, dass nur eine konvivialistische Demokratie vollkommen demokratisch sein kann. Das Prinzip der legitimen Individuation

bietet allen die Möglichkeit, in ihren Besonderheiten anerkannt zu werden, sofern sie sich an die Regeln des beherrschten Konflikts halten. Indem sie Elend ebenso wie extremen Reichtum für ungesetzlich erklären, verhindern die Prinzipien der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität oligarchische und plutokratische Auswüchse.

Das gute Funktionieren einer konvivialistischen Demokratie erfordert zumindest die Beachtung der folgenden fünf Punkte:

- Die wirksame Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips: Nur wenn etwas auf unterster lokaler Ebene nicht erledigt oder entschieden werden kann, darf dies auf höheren Ebenen geschehen.
- Eine systematische Verbindung zwischen repräsentativer Demokratie, partizipativer und direkter Demokratie und (deliberativer oder) Meinungsdemokratie. Die partizipative Demokratie (die Konsultation der Bürger/innen in jeder wichtigen Angelegenheit) kann nur wirksam sein, wenn sie so direkt wie möglich erfolgt, mit anderen Worten, wenn sie weitgehend auf einem Losverfahren beruht. Doch der Rat der ausgelosten Bürger/innen hat nur dann einen Sinn, wenn er gemäß dem Modell der Konsensuskonferenzen nach der Anhörung von Experten unterschiedlicher oder gegensätzlicher Meinung erfolgt. Und wenn er tatsächlich berücksichtigt wird. Es ist folglich notwendig, dass wenn die gewählten Exekutivorgane die von den ausgelosten Instanzen formulierten Ansichten nicht in Betracht ziehen, Letztere die Macht haben, ihren Vorschlag den betroffenen Bürger/innen zur Abstimmung zu unterbreiten.
- Die Sachverhaltsermittlung. Es gibt viele und notwendige philosophische Debatten über die eigentliche Idee von Wahrheit, Wirklichkeit oder Objektivität. Doch gelangt keine zu dem Schluss, dass irgendjemand berechtigt sei zu

sagen, dass es Nacht ist, wenn es Tag ist, oder nur das für wahr zu halten und auszugeben, was im Sinne seines unmittelbaren Interesses ist. Das Auseinanderbrechen der Gesellschaften in Bevölkerungsgruppen, die sich gegenseitig ignorieren (oder sogar hassen), verstärkt durch die Vermehrung oft manipulierter Informationskanäle, mündet in eine Zunahme von Falschmeldungen, die die demokratische Debatte immer problematischer macht. Es kann viele Interpretationen derselben Wahrheiten geben, doch dazu ist es erforderlich, dass Letztere so objektiv wie möglich und ohne alle Voreingenommenheit ermittelt werden. Es ist folglich lebenswichtig, dass es viele öffentliche Einrichtungen gibt, in denen sich Forscher/innen, die über jeden Verdacht erhaben sind, der Ermittlung der notwendigen empirischen Daten (über die Wirksamkeit von Medikamenten, die Schädlichkeit bestimmter Produkte, über die Ungleichheiten, über den Zustand der Böden und Flüsse, über das Klima usw.) widmen. Und auch, dass öffentliche Medien existieren, die sich der Verbreitung dieser Fakten annehmen. Sie werden sicherlich nicht die unterhaltsamsten sein (obwohl, warum eigentlich nicht?), auch nicht die meistbesuchten, aber ihre Existenz ist unerlässlich.

- Hypothetisch wird in einer Demokratie die Grundlage der Macht als immanent betrachtet. Sie beruht auf einem Gesellschaftsvertrag und einer Beziehung gegenseitigen Vertrauens, selbst wenn dieser Vertrag in manchen Ländern (Kanada zum Beispiel) »vor Gott« geschlossen wird. In welchem Rechtsverhältnis Religion und Staat auch stehen, so unterliegt Letzterer doch weder kirchlichen Autoritäten noch religiösen Normen. Die Staatsangehörigkeit ist unabhängig von der Religion, und alle Bürger/innen sind formal gleichgestellt, egal, welche Religion oder Überzeugung sie

haben. Der Staat garantiert die Glaubensfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung.

- Schließlich kann eine Demokratie nur zwischen denen lebendig und produktiv sein, bei denen der Wunsch, vor Ort und zusammen zu sein, stärker ist als der, woanders und mit anderen zu sein. Zwischen denen, die Lust darauf haben, anderen etwas zu geben und sich ihnen zu geben und etwas von ihnen zu bekommen. Das ist der Kern des Prinzips gemeinsamer Sozialität. Die Grenzen dieses Zusammenseins sind weitgehend durch die Geschichte und die Vergangenheit diktiert, die man bereit ist, gemeinsam anzunehmen, um eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Die modernen Demokratien entfalteten sich im imaginären Rahmen der Nation. Sie ist immer noch lebendig, auch wenn sie ganz offenkundig nicht mehr auf ihrer ursprünglichen und grundlegenden Fiktion beruhen kann, nämlich der Idee, dass die Angehörigen der Nation tatsächlich oder symbolisch dieselbe ethnische Herkunft, dieselbe Geburt (*natio*), dieselbe Sprache, dieselbe Religion oder notfalls zumindest dieselben Werte und Überzeugungen haben oder haben sollten. Allen heutigen Ländern stellt sich das Problem, wie auf multi-ethnischen und multikulturellen Grundlagen das Streben nach Solidarität aufrechtzuerhalten ist, das sich früher im Rahmen einer vermeintlich monoethnischen und monokulturellen Nation vollzog. Damit stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit zwischen letzten Werten und verschiedenen Formen des Glaubens (oder Unglaubens). Die Frage des Pluriversalismus.

Pluriversalismus und Koexistenz der Kulturen

Der Konvivialismus hat nur dann eine Chance, bei der Abwendung der Katastrophen, die alle Völker der Erde bedrohen, be-

hilflich zu sein, wenn er für sie alle einen Sinn ergibt. Wenn er imstande ist, eine universelle Tragweite anzunehmen. Muss der Konvivialismus demnach als ein Universalismus angesehen werden? Das wäre sicherlich gefährlich. Denn im Namen vermeintlich universeller Werte, im Namen des Universalismus, im Namen auch von Wissenschaft und Vernunft kolonisierte oder beherrschte der Westen den ganzen Planeten. Sich auf den Universalismus zu berufen, heißt also, Gefahr zu laufen, unmittelbar mit der einen oder anderen Form von Imperialismus assoziiert zu werden. Umgekehrt jedoch auf der unüberwindbaren Einzigartigkeit und Unvergleichlichkeit der Kulturen zu beharren, läuft darauf hinaus, jedes ethische und politische (*largo sensu*) Projekt globaler Dimension unweigerlich zum Scheitern zu verurteilen. Also eben das, was wir unbedingt benötigen.

- Es ist folglich essenziell, der falschen Alternative zwischen Universalismus und Kommunitarismus zu entgehen. Jeder abstrakte Universalismus ist falsch, weil er die Singularitäten und Partikularitäten per se verfehlt und zerstört. Umgekehrt weigern sich die partikularistischen Kommunitarismen, das der gesamten Menschheit gemeinsame Gedankensubstrat ins Auge zu fassen, auf dem ihre Partikularität überhaupt erst Sinn ergibt.
- Die Unvergleichlichkeit der Kulturen oder Religionen – die oft deren Nährboden sind – zu behaupten, heißt nicht wahrzunehmen, dass sie keineswegs eine eindeutige und ein für alle Mal festgelegte Identität haben oder homogen und kompakt sind, als handele es sich um geschlossene Substanzen, und dass sie von Natur aus plural sind. Jede trägt zahlreiche Möglichkeiten in sich. Heute stellt sich die Frage, welche dieser Möglichkeiten jede aktualisieren und bevorzugen soll, um zum moralischen und physischen Überleben der Menschheit beizutragen.

- Es gibt viele Werte, die allen Kulturen gemeinsam sind, wenn sie sich entscheiden, vom Standpunkt der ganzen Menschheit aus zu denken, oder wenigstens vom Standpunkt einer Menschheit, die so umfassend wie möglich ist, und nicht von dem der beschränktesten Menschheit. Doch diese Werte formuliert jede in ihrer eigenen Sprache, sodass das ethische und politische (*largo sensu*) Universelle, das der Konvivialismus in so allgemeine (und folglich zugängliche) Begriffe wie möglich zu fassen versucht, sich stets in partikularen und pluralen Formen präsentiert. Der wirkliche Universalismus ist folglich kein Universalismus, sondern ein Pluriversalismus.
- Die Tatsache, dass sich diese Werte niemals in den Worten einer einzigen Sprache, den Begriffen einer einzigen Kultur ausdrücken lassen, ist eine Bereicherung. Jede lässt die anderen sehen, was diese nicht oder nur schlecht erkennen.
- Jede Kultur, die sich dafür entschieden hat, vom Standpunkt umfassendster Menschlichkeit zu denken, hat bereits auf ihre Weise die Prinzipien des Konvivialismus formuliert, selbst wenn in teilweise verkürzter Form. Alle billigen in unterschiedlichen Graden das Prinzip der gemeinsamen Menschheit (wenn auch nicht immer ohne Vorbehalt), alle schätzen die gemeinsame Sozialität (selbst wenn sie oft gleichzeitig für Hierarchien eintreten). Jede räumt der Individuation einen gewissen Platz ein und alle bemühen sich, Konflikte zu beherrschen, selbst wenn sie sich oft schwer tun, deren potenzielle Fruchtbarkeit anzuerkennen.
- Formulieren wir es noch anders. Religiöse und kulturelle Traditionen sind oft eng verschränkt. Die Rolle der Religionen ist von Natur aus ambivalent. Sie besteht zugleich darin, Gemeinschaften eine Identität zu geben und die Gewalt in Schach zu halten. Die Religionen setzen der Gewalt zwischen Menschen Grenzen und zielen im Prinzip sogar

darauf ab, sie auszulöschen, doch ist diese Gewalt ihnen auch immanent. Wenn die Religionen ihrer Identitätsfunktion den Vorzug geben und diese mit der Identitätsfunktion einer anderen Religion konfrontiert ist, setzen sie die in ihnen enthaltene Gewalt frei und steigern sie manchmal bis ins Extrem.

- Allerdings – und das ist eine Auswirkung der demokratischen Dynamik – sind sich die höchsten Religionsvertreter von heute, des Christentums, des Islam, des Buddhismus usw., darin einig, dass Gott [oder Allah...] »alle Menschen mit gleichen Rechten, gleichen Pflichten und gleicher Würde geschaffen und sie dazu berufen hat, als Brüder und Schwestern miteinander zusammenzuleben, die Erde zu bevölkern und auf ihr die Werte des Guten, der Liebe und des Friedens zu verbreiten.«
- Dass Gott ferner »zu töten verboten hat, wenn er sagt, dass jeder, der einen Menschen ermordet, so ist, als hätte er die ganze Menschheit getötet, und dass jeder, der einen Menschen rettet, so ist, als hätte er die ganze Menschheit gerettet.« Weiterhin erklären diese Religionsvertreter, »dass die Religionen niemals zum Krieg aufwiegeln und keine Gefühle des Hasses, der Feindseligkeit, des Extremismus wecken und auch nicht zur Gewalt oder zum Blutvergießen auffordern.«¹ Es dürfte schwerlich ein stärkeres Bekenntnis zur gemeinsamen Menschheit zu finden sein.

1 | Wir zitieren hier im Wortlaut das »Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt«, das am 4. Februar 2019 von Papst Franziskus im Namen der Katholiken in Ost und West und vom Großimam Al-Azhar al-Sharif (Ägypten), Ahmad al-Tayyeb im Namen der Muslime in Ost und West unterzeichnet wurde. Es ist nicht zu bezweifeln, dass sich der Dalai-Lama oder die Autoritäten anderer Religionen dieser Erklärung anschließen können.

- Mehr denn je stellt sich heute das Problem, das Zusammenleben nicht zwischen Religionen oder Kulturen, die über verschiedene Räume herrschen, zu regeln, sondern zwischen denen, die sich einen Raum teilen. Das ist natürlich nur möglich, wenn die zur Koexistenz aufgerufenen Religionen oder Kulturen ihre eigene Unvollständigkeit anerkennen und sich darauf einigen, den Individuen die Freiheit zu lassen, ihre eigenen Überzeugungen zu wählen. Eben diese Freiheit proklamieren die genannten Religionsvertreter: »Die Freiheit ist ein Recht jedes Menschen: ein jeder genießt Bekenntnis-, Gedanken-, Meinungs- und Handlungsfreiheit. Der Pluralismus und die Verschiedenheit in Bezug auf Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Ethnie und Sprache entsprechen einem weisen göttlichen Willen, mit dem Gott [oder Allah oder...] die Menschen erschaffen hat. [...] Deshalb wird der Umstand verurteilt, Menschen zu zwingen, eine bestimmte Religion oder eine gewisse Kultur anzunehmen wie auch einen kulturellen Lebensstil aufzuerlegen, den die anderen nicht akzeptieren.«² Eine schöne Akzeptanz demokratischer Prinzipien.
- Doch wäre es illusorisch zu glauben, dass innerhalb einer bestimmten politischen Gemeinschaft, die sich durch eine gewisse Vision der Zukunft, aber auch ein gewisses Verhältnis zu ihrer Vergangenheit definiert, alle religiösen oder kulturellen Traditionen exakt den gleichen Status haben könnten. Die älteren, sicherlich weiter verbreiteten und enger mit der Identität einer bestimmten politischen Gemeinschaft verbundenen Traditionen spielen gewissermaßen die Rolle des aufnehmenden Gastgebers, die anderen die des aufgenommenen Gastes. Die Pflicht der aufnehmenden Kultur besteht darin, so weit wie möglich ihre Rolle zu vergessen, um sie

2 | Ebd.

nicht auszunutzen, die der aufgenommenen Kulturen, es niemals zu vergessen.

- Eine politische Gemeinschaft ist konvivialistisch, wenn sie das Maximum an kultureller Vielfalt zulässt, das mit der Aufrechterhaltung ihrer Einheit vereinbar ist. Eine Einheit, die umso wertvoller ist, als sie die konfliktfreie Äußerung dieser kulturellen Vielfalt ermöglicht.

Die Mann-Frau-Beziehungen ins Gleichgewicht bringen

Jede Kultur definiert, wer wem was geben und was von wem, auf welche Weise, bei welchen Gelegenheiten usw. erhalten soll. Das ursprüngliche Gabensystem, das die Beziehungen zu Leben und Tod regelt, bestimmt, was die Männer den Frauen schulden und umgekehrt. Traditionellerweise gaben und widmeten sich die Frauen dem Leben, die Männer dem Tod. Nahezu überall und das mindestens seit einigen tausend Jahren übten die Männer eine soziale und politische Herrschaft über die Frauen aus, die mehr oder weniger, je nach Fall (manchmal ziemlich deutlich, oft sehr wenig) aufgewogen wurde durch die Herrschaft der Frauen über den heimischen Herd, über Geburten und Todesfälle. Zumeist wurden die von den Frauen bei diesen Gelegenheiten erbrachten Gaben nicht als Gaben anerkannt, sondern als bloße Naturgegebenheiten oder Resultat von Verpflichtungen angesehen. Wie dem auch sei, dieses patriarchale System ist den Frauen (und vielen Männern) aus den wohlhabendsten demokratischen Ländern, in denen es keine wirtschaftliche Notwendigkeit oder Bedeutung mehr besitzt, immer unerträglicher geworden. Das Ideal der Rechtsgleichheit zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen ist dort inzwischen eine Selbstverständlichkeit.

- Weil die Frage, was die beiden Geschlechter einander schulden, im Zentrum der kulturellen Vielfalt steht, wird dieses Ideal strikter Gleichheit sich nicht überall mit der gleichen Leichtigkeit und Geschwindigkeit durchsetzen. In vielen Ländern mit patriarchaler Kulturtradition werden sich die Frauen selbst dafür entscheiden, einen Teil ihrer traditionellen Rolle beizubehalten, um den Kampf gegen den Imperialismus des Westens zu unterstützen, wenn dieser sich unter Berufung auf die Menschen- und Frauenrechte ausbreitet.
- Nur eine konvivialistisch und folglich pluriversal, nicht-imperialistisch gewordene Demokratie macht es möglich, diese Spannung zu überwinden.
- Doch die allgemeine Entwicklungsrichtung ist kein Geheimnis. Die bereits erwähnten Religionsvertreter erklären dazu: »Es ist eine unabdingbare Notwendigkeit, das Recht der Frau auf Bildung, auf Arbeit und auf Ausübung der eigenen politischen Rechte anzuerkennen. Ferner muss darauf hingearbeitet werden, die Frau von allen historischen und sozialen Zwängen zu befreien, die gegen die Grundsätze des eigenen Glaubens und der eigenen Würde stehen. [...] Daher muss man alle unmenschlichen Praktiken und volkstümlichen Bräuche, welche die Würde der Frau erniedrigen, einstellen und dafür arbeiten, dass die Gesetze geändert werden, welche die Frauen daran hindern, ihre Rechte voll zu genießen.«
- Ist diese Rechtsgleichheit (und die Mittel ihrer Ausübung) erst einmal vollständig erreicht, obliegt es jeder und jedem, frei zu entscheiden, was für sie oder ihn zum Bereich von Geschlecht oder Gender, von Natur oder Kultur gehört, und was dem anderen Geschlecht oder Gender zusteht.

Und die Tiere?

Eine weitere anthropologische Revolution, die wahrscheinlich beträchtliche Konsequenzen haben wird, ist derzeit im Gang. Immer mehr Männer und Frauen, die sich der gemeinsamen Natürlichkeit bewusst sind, weigern sich, das den Tieren zugefügte Leid hinzunehmen und prangern die Bedingungen an, unter denen diese gezüchtet bzw. geschlachtet werden. Sie sind in der Tat unerträglich. Müssen wir deshalb bestrebt sein, den Vegetarismus oder Veganismus zu verallgemeinern, ja obligatorisch zu machen? Das ist ein kurz- oder mittelfristig schwer zu erreichendes Ziel, so sehr wurde der Fleischverzehr stets mit dem Menschsein verknüpft. Hingegen erscheint es aus konvivialistischer Sicht unerlässlich, nur solche Tiere zu verzehren, die im Rahmen einer traditionellen Landwirtschaft aufgezogen wurden, in einer Gabe-Gegengabe-Beziehung zu den Viehzüchtern (die einen geben ihr Leben, die anderen ihre Fürsorge und oft auch ihre Zuneigung), in der sie ein freies Leben an der frischen Luft und unter hygienischen Bedingungen geführt haben und auf würdevolle Weise getötet wurden. Man muss also zunächst die gigantischen Industriefarmen beseitigen, die Tiere als reinen Rohstoff behandeln und Quelle einer riesigen Umweltverschmutzung sind. Und sich der Rückverfolgbarkeit unserer Nahrung versichern. Jedenfalls ist es unerlässlich, den Fleischverzehr der weiter wachsenden Menschheit erheblich zu verringern, angesichts der Methanemissionen, der notwendigen Menge an Wasser, der Zerstörung von Ökosystemen und der für die Viehzucht benötigten Landfläche.